



# KORWÄRTER



Zeitung der Sozialistischen Linkspartei ★ Nr. 115 November 2001 ★ Preis: öS 10,-

# Keinen Groschen für ihren Krieg!

*Es ist unglaublich, wie die österreichische Regierung als Teil der „Allianz gegen den Terror“ die Toten von New York für ihre Zwecke missbraucht. Zuerst werden Krokodilstränen vergossen, dann der nationale Schulterchluss gefordert und letztlich der Nutzen daraus gezogen. Schlüssel, Haider und Riess-Passer, aber auch Gusenbauer und Voggenhuber, stehen auf Seiten der internationalen Kriegstreiber. Dass es dabei weder um Frieden noch um Terrorbekämpfung geht, ist offensichtlich.*

VON SONJA GRUSCH,  
SLP WIEN NORD

Auch wenn der Krieg ohne direkte österreichische Beteiligung geführt wird, wenn Terrorakte in Österreich eher unwahrscheinlich sind und selbst wenn einem der Krieg gegen die afghanische Zivilbevölkerung egal ist, betrifft uns der Krieg doch alle. Es gibt nicht „hier“ die österreichische Politik und „dort“ die internationale. Dieser Krieg hat Auswirkungen auf die soziale und politische Situation in Österreich und auf der ganzen Welt: Durch die Einschränkung demokratischer Grundrechte, durch den zunehmenden Rassismus à la Haider & Krenn, durch den nationalen Schulterchluss, dem sich auch die „Opposition“ und der ÖGB unterordnet, durch die Einbrüche bei der Wirtschaft, beginnend bei den USA und der EU, denen sich auch Österreich nicht entziehen wird können.

## MILITARISTEN IM VORMARSCH

Die Verkaufszahlen der Rüstungskonzerne weisen nach oben. Schon seit Jahren werden militärische Mittel wieder vermehrt eingesetzt, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Seien es die Muskelspiele zwischen China, Taiwan und den USA, die Stellvertreterkriege in Afrika oder die „Befriedung“ auf dem Balkan. Auch die weltweit wachsende Protestbewegung gegen „Globalisierung“ und die Ausbeutung

durch den Kapitalismus, sieht sich immer häufiger Waffen gegenüber. In Göteborg fielen die ersten Schüsse, in Genua gab es den ersten Toten. Schon beginnen Politiker Verbindungen zwischen dieser Protestbewegung und den Terrorakten zu ziehen. Das Ziel ist klar: Die DemonstrantInnen zu kriminalisieren, um sie dann noch brutaler und konsequenter bekämpfen zu können. Denn spätestens seit Genua wird diese Bewegung für den Kapitalismus zu einer Gefahr. Das nicht etwa wegen ein paar „Vermummter“, die Molotow-Cocktails werfen, sondern weil sich an diesen Protesten zehntausende GewerkschafterInnen beteiligten, um gegen die neoliberale Politik der italienischen Regierung und das globale Diktat von IWF und Weltbank zu demonstrieren.

Dabei dient die weltweite Aufrüstung im wesentlichen zwei Zwecken. Erstens um in einer Periode wirtschaftlicher Krise die eigenen ökonomischen Interessen notfalls auch mit Waffengewalt gegen Konkurrenten zu sichern und zweitens brutal gegen Beschäftigte vorgehen zu können, die sich gegen Entlassungen, Arbeitshetze und Lohnkürzungen wehren. Wenn Kriegsminister Scheibner neue Abfangjäger kaufen will und Kürzungsminister Grasser dem zustimmt, obwohl wir gleichzeitig bei Bildung und Gesundheit kräftig zur Kasse gebeten wer-

den, passt das ebenso ins Bild, wie Militärparaden und Ausweitung der Rechte von Polizei und Geheimdienst.

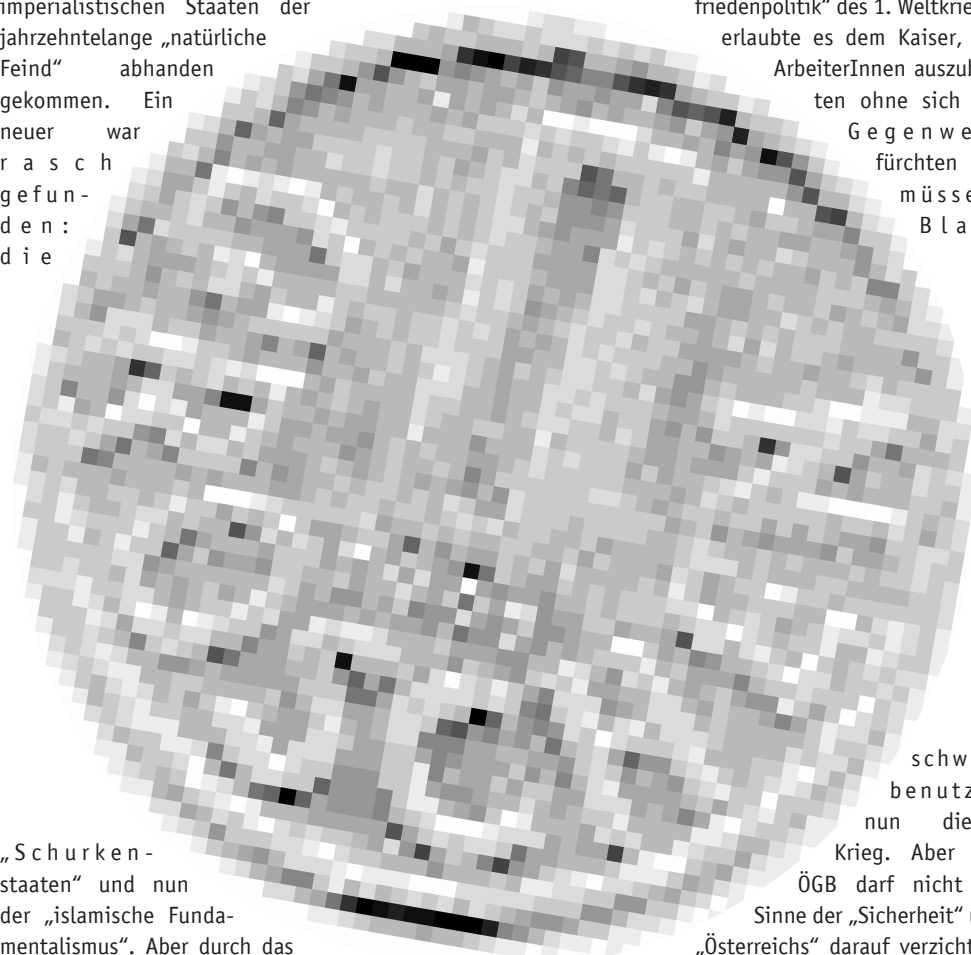
## KEINEN SCHILLING FÜR IHREN KRIEG

Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten war den imperialistischen Staaten der jahrzehntelange „natürliche Feind“ abhanden gekommen. Ein neuer war rasch gefunden: die

durch Preiserhöhungen und Sozialabbau. Der Krieg, vor allem wenn er, wie zu erwarten ist, noch länger anhält, wird auch eine hervorragende Ausrede abgeben, um die Folgen der kommenden Weltwirtschaftskrise auf die Schultern der ArbeiterInnen abzuwälzen. Ein

landesweiten Schweigeminute für die Opfer in New York auf. Zu einem Streik gegen die von der Regierung verursachten Opfer rief der ÖGB bisher nicht auf. Der „äußere“ Feind war schon immer ein beliebtes Mittel, um zu verlangen, Missstände im eigenen Land hinzunehmen. Die „Burgfriedenspolitik“ des 1. Weltkrieges erlaubte es dem Kaiser, die ArbeiterInnen auszublenden ohne sich vor

Menschen gegen den Krieg auf die Straße. In einer repräsentativen Umfrage sprachen sich 80% der Weltbevölkerung gegen den Krieg aus. Doch die Herrschenden setzen sich darüber hinweg und lassen weiter Bomben fallen. Dass zwischen UNO und NATO letztlich kein Unterschied besteht wird offensichtlich. Die österreichische Antikriegsbewegung steht noch am Anfang. Bis jetzt sind es v.a. Jugendliche, z.B. „SchülerInnen gegen den Krieg“, die aktiv sind. Inhaltlich setzt ein Teil der Bewegung auf die Neutralität als Lösung. Aber Österreich war niemals neutral, sondern Teil des Westens. Und wie soll man/ frau angesichts der Tatsache, dass hier eine Welt- und Militärmacht wie die USA ein ganzes Land ins Mittelalter zurückbombt um einen Mann zu fassen (das ist zumindest ihre Erklärung) neutral bleiben? Die Neutralität wurde von den Herrschenden nur herausgekratzt, wenn es opportun erschien, z.B. für Wirtschaftsbeziehungen in den Osten. Heute erfüllt sie nicht einmal mehr diesen Zweck. Wenn die Antikriegsbewegung sich heute an diese Illusion klammert, wird der Blick aufs Wesentliche verstellt. Heute steht nicht die „Verteidigung der Neutralität“ auf der Tagesordnung, sondern der Kampf gegen Neoliberalismus, gegen Rassismus und Polizeistaat und gegen die neue Welt-Unordnung. Ein Kampf, der nur gewonnen werden kann, wenn sich LandarbeiterInnen und Landlose aus Lateinamerika, Seite an Seite mit Studierenden in den USA, ArbeiterInnen in Asien, ImmigrantInnen in Europa und Frauen in Afrika dieser Herrschaft der Profite entgegenstellen. Österreich ist hier mittendrin - gegen den Krieg, den Rassismus und den Polizeistaat.



„Schurkenstaaten“ und nun der „islamische Fundamentalismus“. Aber durch das Bombardement von Afghanistan wird kein einziger Toter von New York wieder lebendig, es werden keine künftigen Attentate verhindert (im Gegenteil) und der „Terror“ wird nicht bekämpft, sondern im Gegenteil noch gefördert. Es geht um Machterhalt und um Einflussphäre - und es ist nicht unser Krieg. Trotzdem sollen wir für diesen Krieg bezahlen. Entweder direkt durch „Kriegssteuern“ oder indirekt

wesentlicher Bestandteil jeder Antikriegsbewegung muss es sein, gegen alle Versuche im eigenen Land aufzustehen, den Krieg zu nutzen, um reaktionäre Konzepte aus der Schublade zu ziehen.

## ÖGB DARF NICHT STILLHALTEN

Mit dem „nationalen Schulterchluss“ hat die Regierung den ÖGB schon in Geiselschaft genommen. Die Gewerkschaft rief zur

gegenwärtigen Lage fürchten zu müssen. Blaue

schwarz benutzen nun diesen Krieg. Aber der ÖGB darf nicht im Sinne der „Sicherheit“ und „Österreichs“ darauf verzichten, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. Gerade weil es nicht unser Krieg ist, weil es hier um die Umsetzung neoliberaler Politik und einer neuen Weltordnung geht, müssen alle Teile dieser „Allianz gegen den Terror“ von den ArbeitnehmerInnen bekämpft werden, egal ob sie in Washington, London, Berlin oder Wien sitzen.

## NEIN ZUM KRIEG

Weltweit gehen hunderttausende

## österreich

ÖGB: Kommt der Streik?  
Seite 3

## schwerpunkt

Kampf der Kulturen?  
Seiten 4/5

## international

Vor Weltwirtschaftskrise?  
Seite 7

Der Standpunkt



**Bäumlein wechsele dich von Sonja Grusch**

Nun häufen sich die Pleiten. Und schon ändern die Hohepriester ihren „Sermon“ und fordern das Eingreifen des Staates. Irgendwer muss schließlich American Airlines, Swissair etc. „retten“. Wer nun glaubt, hier einen fundamentalen Wechsel in der Wirtschaftspolitik zu erkennen, irrt. Das Prinzip war und ist dasselbe: Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen. Gänzlich hätte auf den Staat sowieso nicht verzichtet werden sollen. Schließlich sollte er auch weiterhin so günstig Infrastruktur und brauchbares „Menschenmaterial“ zu Verfügung stellen und eben auch im Notfall das Risiko tragen. Also eine Vollkaskoversicherung, die kaum einer Prämienzahlung bedarf – finanziert aus unseren Steuern. Schließlich machen die Massen- und Lohnsteuern den größten Brocken des Steueraufkommens. Der „Keynesianismus“ (Staatsinterventionismus, „Deficit Spending“) wird scheinbar wiederentdeckt. Ein „Revival“ der 70er Jahre ist aber ausgeschlossen. Damals wurde – meist von Sozialdemokratischen Regierungen (z.B. unter Kreisky) – neben Milliardensubventionen an die Wirtschaft, auch in den Ausbau des Sozialstaates investiert. Heute werden zwar marode Unternehmen aufgefangen aber gleichzeitig bei Sozialleistungen gekürzt. Trotzdem hat sich der Keynesianismus nicht verändert; er hatte damals wie heute kein menschliches Antlitz. Der große Unterschied besteht darin, dass der Nachkriegsaufschwung größere Spielräume zuließ. Wie ineffektiv Privatisierung ist, zeigt sich am Besten am Beispiel der britischen Eisenbahnen. Hier musste aufgrund der chaotischen Zustände und schweren Unfälle, die Verwaltung der Gleise wieder unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Wenn Blair und Bush jetzt also die Verantwortung des Staat wieder entdecken, hat das nichts mit einem „Linksschwenk“ zu tun. Im Prinzip geht es nur darum, die Kosten der um sich greifenden Krise auf die SteuerzahlerInnen abzuwälzen. Auch wenn die Priester die Gebete wechseln, der Gott bleibt doch derselbe.

**Mythos Nationaler SchulterSchluß**

**Kein Grund zum Stillhalten**

**Einerseits wird die Notwendigkeit der „Nationalen Einheit“ beschworen und geradezu jedem/r verordnet. Andererseits rüstet der Staat auf, schränkt unsere Freiheit und Sicherheit ein. Überwachung von allem und jedem ist ein Ziel. Tja, etwas widersprüchlich. Blau-Schwarz glaubt das Märchen der „Nationalen Einheit“ selbst nicht.**

**FRANZ BREIER JUN., SLP WIEN MITTE**

In einer immer engeren Zwickmühle befindet sich der ÖGB. Unmittelbar nach dem 11. September in inniger Umarmung mit Regierung und Wirtschaftskammer, muss er nach der Urabstimmung wieder dem Druck von unten Rechnung tragen. Verzettelts markige Sprüche (inklusive dem Unwort Streik) lassen die Unzufriedenheit der österreichischen ArbeitnehmerInnen mit der Wirtschafts- und Sozialabbau-Politik spüren. Die Regierungsvertreter runzeln die Stirn. Auch gegen einen aufmuckenden ÖGB wird die Regierung die „Anti-Terrorkeule“ schwingen. Wer kritisiert, wer es wagt zu demonstrieren oder gar zu streiken, ist ein potentieller Terrorist bzw. dessen Vorform.

**FPÖ ALS RAMMBOCK**

Haider und Westenthaler sind die Rammböcke der Regierungsfrente. Den ersten Attacken (Fingerprints für alle, Abschaffung des Asylrechts) folgen Forderungskataloge mit „Law and order“-Phrasen. Der neue enthält Feinheiten wie die Aberkennung der Staatsbürgerschaft aus „Gründen der Staatssicherheit“ (was immer das heißen wird). Vizekanzlerin Riess-Passer dachte schon im Sommer über Einschränkungen und Verbote von gewerkschaftlichen Kämpfen nach. Haider sieht zwischen Bin Laden und den „Anti-Globalisierungs-Demonstranten“ Verbindungen. Das ist ein Vorgeschmack auf Kommendes. Nur wer in kompromissloser Opposition zu dieser Politik steht, kann eine unabhängige Rolle spielen. Das sei dem ÖGB ins Stammbuch

geschrieben.

**OPPOSITION ODER BEIWAGERL**

Die erste Serie der Regierungsoffensive, inklusive der Bildung eines „Nationalen Sicherheitsrates“, wurde von SPÖ und Grünen unterstützt. Nachdem sich der FPÖ-Rammbock gegenüber der vorsichtigeren Strategie von Innenminister Strasser durchgesetzt hat, distanziert sich nun die parlamentarische „Opposition“ von der Härte der FPÖVP-Initiativen. Das kann nicht davon ablenken, dass sie prinzipiell keine Alternative haben. Die Ermahnungen zur „Einhaltung der Menschenrechte“ sind bloße Routine - nicht mehr. Die SPÖ sieht seit langem wieder einen Silberstreif am Horizont: Aus der ÖVP kommen Signale für eine künftige Wiederbelebung der Großen Koalition. Das ist die Perspektive der SPÖ. Selbst die Position, für den NATO-Beitritt zu sein, ist SP-intern seit langem kein Tabu mehr. Gusenbauer stellt klar: „in Krisenzeiten sollte es einen Konsens in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Regierung und

**Um von ihrer Asozial-Politik abzulenken, wieder zurück zu AusländerInnen-feindlichkeit und Law and Order.**



Opposition geben, gerade in einem kleineren Land.“ („profil“ Nr. 41)

**WELCHE SICHERHEIT?**

Zum Schutz vor Terrorismus sind die Regierungsmaßnahmen sinnlos. Gegen biologische Waffen ungeklärter Herkunft hilft die verstärkte Überwachung linker Organisationen nichts. Flugzeugentführungen kann man mit dem elektronisch gespeicherten Fingerabdruck von Max Mustermann nicht verhindern. Die herrschende Elite will mit diesen Maß-

nahmen gegen jetzige und vor allem künftig wachsende Opposition die Trumpfkarte des autoritären Staates in der Hand halten. Die Sicherheit, die wir wirklich bräuchten, wurde schon von SPÖVP zerstört. Blau-Schwarz beschleunigte diesen Abbau sozialer Sicherheit. Arbeitslosigkeit und Zukunftsängste wachsen. Eine Milliarde mehr für das Bundesheer macht hohe Offiziere glücklich; von Jobabbau bedrohte AUA-KollegInnen sicher nicht. Die Anti-Terror-Politik ist ein Vorwand für innere Aufrüstung.

**FPÖ in Schillys Fußstapfen?**

**Asylpolitik: Neue Angriffe der FPÖ!**

**Wie in den USA selbst, hat auch in Österreich die politische Rechte seit den Terroranschlägen vom 11. September Oberwasser bekommen. Mit den gewohnten Rufen nach „Recht und Ordnung“, aber auch mit besonders dreisten und populistischen Forderungen kann vor allem die ob ihrer Regierungspolitik angeschlagene FPÖ punkten.**

**FLORIAN SEIDL, SLP WIEN WEST**

Schon in dem „Integrationspaket“ und der Diskussion darüber hat sich die FPÖ wieder einmal mit rassistischen Forderungen zu Wort gemeldet. Der „Integrationsvertrag“, der im Lichte der Ereignisse mehr oder weniger reibungslos vom Parlament verabschiedet wurde, beinhaltet vor allem verpflichtende Deutsch- und Staatsbürgerkurse für MigrantInnen. Diese Kurse sind zur Hälfte von den MigrantInnen selbst zu bezahlen (die andere Hälfte zahlt je nach „Zielgruppe“ der Bund oder der Arbeitgeber). Dabei wird natürlich keinerlei Rücksicht auf AnalphabetInnen und Flüchtlinge mit wenig Bildung, die keine reale Chance haben (von den Kosten abgesehen), solche Kurse zu bestehen, genommen.

**„ANTITERRORPAKET“**

Zu dem ist jetzt noch, neben diversen Äußerungen von Haider und Westenthaler, ein „Antiterrorpaket“ gekommen. Dieser Pakt fordert unter anderem: Verschärfung des Asylrechts; sofortige Ausweisung bei Gewalttaten oder Aufruf zu Gewalttaten (inkl. Abkennung der Staatsbürgerschaft); Fingerabdrücke in Ausweisen und eine zielgerichtete Datenvernetzung; verstärkte Nachrichtendienstliche Maßnahmen gegen extremistische Organisationen (inkl. internationaler Kooperation). (Alles deren Formulierungen.) Viel Mühe hat sich die FPÖ aber nicht gemacht - vielmehr haben sie brav abgeschrieben von Europas Klassenbesten in Sachen „Recht und Ordnung“, dem deutschen „Sozialdemokraten“ und Innenminister Otto Schilly. Er hat fast alle diese Punkte, von den Deutschkursen bis zu den Fingerabdrücken, gebracht und unter dem Beifall der deutschen Rechten sogar den (in der deutschen Verfassung verbotenen) Einsatz der Bundeswehr nach innen gefordert. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrors werden so die

Durchgriffsrechte der Behörden Schritt für Schritt erhöht. Gleichzeitig werden pauschal alle Flüchtlinge, Moslems oder politischen AktivistInnen verdächtigt, schon allein, um nicht das unguete Gefühl aufkommen zu lassen, das etwa jede/r betroffen wäre, sobald sie oder er aus irgendeinem Grund in das Visier der Fahnder gerät.

**ASYLRECHT GIBT'S NICHT MEHR!**

Jörg Haider ist sogar soweit gegangen, nur noch die Aufnahme von Flüchtlingen aus Europa zu fordern, andere müssten ihren Antrag auf ihrem Kontinent stellen und dort auf den Bescheid warten. Eine recht zynische Forderung, die das durch die SPÖ und ihre Regelung vom sicheren Drittland sowieso stark untergrabene Recht auf Asyl endgültig abschaffen würde. In den wenigsten Krisengebieten (wie etwa Afghanistan) können Asylanträge gestellt werden. Sobald sich der oder die Flüchtende in ein sicheres Drittland begeben hat (im Falle von Afghanistan Pakistan), wird der Antrag abgelehnt. Mehr Durchgriffsrechte und die Möglichkeiten für die Behörden mit besten Vorwänden, gleichzeitig der Versuch, die Angst der Bevölkerung in rassistische Bahnen zu lenken. Weniger Terroranschläge wird es so sicher nicht geben, aber weniger Möglichkeiten für die, die vor

**Geschändete islamische Gräber in Österreich: Ergebnis einer neuen Welle von Rassismus**



Krieg, Hunger und Unterdrückung fliehen müssen (so wie derzeit für hundertau-

sende AfghanInnen), und auch für die, die sich gegen die imperialistische Politik der USA und

**Politik ohne Geld? Es geht Vorwärts**

Nein zum Krieg - Nein zum Polizeistaat - Nein zum Rassismus! Drei der wichtigsten Punkte unserer Arbeit seit dem 11. September. Aufgrund der neuen Situation haben wir auf die Oktober-Nummer verzichtet, und stattdessen drei Sondernummern zum Krieg herausgebracht. Auch die kommenden Wochen werden ganz im Zeichen des Kampfes

gegen den Krieg stehen. Eine Arbeit, die nicht mit staatlichen Geldern gefördert wird sondern auf Spenden unserer LeserInnen und UnterstützerInnen angewiesen ist. Für alle, die regelmäßig alle unsere Publikationen erhalten möchten: „Alles -inklusive“ ab ats 100.-/Monat.

PSK 8812.733

Wie weiter nach der Urabstimmung?

# Kommt der Streik (doch nicht)?

Die Urabstimmung ist vorbei. 806.545 KollegInnen haben sich beteiligt und immerhin 88% haben sich „notfalls“ für Kampfmaßnahmen ausgesprochen. Angesichts des Postgagenskandals und der Terroranschläge vom 11.9 ein Erfolg.

VON KARIN WOTTAWA  
UND MICHAEL GEHMACHER

Denn es darf nicht vergessen werden, daß der ÖGB leider als Folge des 11.9 die Mobilisierung stark einschränkte. Anlaß für die Urabstimmung war der Angriff der Regierung auf die Sozialversicherung, beginnend mit der Absetzung von Hans Sallmutter als Präsident des Hauptverbandes. Der ÖGB schaffte es innerhalb einer Woche 50.000 Menschen für die Demonstration am 5.7. zu mobilisieren. Gleichzeitig streikten in Graz mittags die Bediensteten der Verkehrsbetriebe. Der 5. Juli und jetzt die Urabstimmung

haben gezeigt, welches Potenzial eigentlich im ÖGB steckt. Bezeichnend ist auch, dass viele Gewerkschaftsmitglieder die Urabstimmung als Gelegenheit nutzten, um dem ÖGB persönlich mit beigelegten Briefen ihren Unmut zu erklären. Einige fügten auch auf dem Stimmzettel das Wort „Streik“ hinzu. Daher fordert die SLP eine genaue Auszählung der Briefe in der auch die Anmerkungen berücksichtigt werden und die Bekanntgabe des genauen Ergebnisses an alle Gewerkschaftsmitglieder. Immerhin haben GLB und UG (bzw. AUGÉ), als Gewerkschaftsfraktionen dazu aufgerufen „Streik“ auf dem Stimmzettel zu ergänzen. Die SLP

trat im Rahmen der Urabstimmung für einen 24-stündigen Generalstreik ein. Wir halten diese Forderung aufrecht!

Die Wirtschaft versucht die Kosten des Krieges und der Rezession auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Sozialabbau und Arbeitsplatzabbau gehen weiter: Personalabbau bei der AUA, Kurzarbeit im Gastgewerbe, Postamtsschließungen... Der ÖGB hat schon zu lange tatenlos zugehört. Die Urabstimmung hätte der Anfang einer Kampagne sein müssen, aber die ÖGB-Führung sieht sie als Ende einer solchen. Der Wunsch „notfalls“ zu Kampfmaßnahmen zu greifen, wird von der ÖGB-Bürokratie nicht ernst genommen (wie schade für sie, dass das alte Argument „wir würden ja gern, aber die Basis will nicht“ nicht mehr zieht).

War die Urabstimmung das Papier nicht wert, auf dem sie stattfand? Der KV-Abschluss der Metaller steht im krassen Gegensatz dazu!



Der Metallerabschluss macht das deutlich: 2,9 % Ist-Lohnerhöhung bedeutet, dass gerade die Inflation abgegolten wird. Berücksichtigt wurden weder die Gewinne und Produktivitätssteigerung in der Metallbranche noch

die Sparpakete der Regierung. Also nicht gegen die Sparpakete gekämpft wurde, hieß es: „Wir holen uns die Belastungen über die Lohnrunden zurück“. Dieses Versprechen wurde nicht eingelöst! Im Zuge der KV-Verhand-

lungen wurde mit einer österreichweiten BetriebsrätInnenkonferenz gedroht. Diese wurde im letzten Moment abgesagt, die Verhandlungen abbrechen und auf der geplanten BR-Konferenz einen Streik zu beschließen, wäre

Gewerkschaftsfusion von GPA und GMT

## 1 + 1 ≠ 2

Mit der Fusion von GPA (Angestellte) und GMT (Metall und Textil) ist der Gewerkschaftsführung eine innenpolitische Sensation gelungen. Nicht nur Politik & Medien wurden überrascht. Auch die betroffenen Mitglieder werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Es stellt sich die Frage, was davon zu halten ist.

VON MICHAEL GEHMACHER, SLP  
GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Mit der Fusion entsteht ein neuer Riesenblock im ÖGB mit über 500.000 Mitgliedern. Es kommt zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zu Ungunsten der „kleineren“ Fachgewerkschaften. Die innergewerkschaftliche Demokratie scheint sich aufgrund der Vorgehensweise auch nicht verbessert zu haben.

### WELCHE KONSEQUENZEN?

In einer Aussendung an alle BetriebsrätInnen von GPA und GMT heißt es, dass die Gewerkschaft jetzt stärker „gegen Unternehmer, Regierung und Neoliberalismus“ auftreten könne. Argumentiert wird das mit der größeren Mitgliederstärke. Zweifellos kann das z.B. bei KV-Verhandlungen von Bedeutung sein. Jedoch resultiert die tatsächliche Stärke einer Gewerkschaft aus ihrer Politik; ob sie zu Konflikten bereit ist und sich nicht auf „Verhandeln und Vermitteln“ beschränkt. Auch der Handelngestellten-KV hat bessere Chancen, wenn möglichst viele Beschäftigte aus diesem Bereich organisiert sind. Egal, ob in der GPA oder einer anderen Fachgewerkschaft. Die Solidarität zwischen den Bereichen, sollte durch den ÖGB gegeben sein – dazu braucht es keine „Mega-Fachgewerkschaften“!

### AKTIVITÄT STATT SERVICE!

Im Kampf gegen den Neoliberalismus

und die Angriffe der Regierung wird es mehr brauchen: Nämlich einen stärkeren ÖGB, mit mehr Mitgliedern, mehr Aktivitäten und Kampfmaßnahmen. Nur eine Gewerkschaft, die ihre Mitglieder einbindet und politische Ziele, wie etwa eine Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit, umsetzt, kann den Beschäftigten eine Perspektive anbieten. Obwohl die Sozialpartnerschaft längst von den Unternehmern aufgekündigt wurde, halten die GPA/GMT-Spitzen daran fest. Die Frage, wie die Attraktivität der Gewerkschaft verbessert werden kann, wird so beantwortet: „Wir können jetzt ein besseres Service für die Mitglieder bieten“. Also weiter Mitgliederverwaltung statt konkreter Einbindung der Basis.

### BEISPIEL DEUTSCHLAND

In Deutschland hat die Fusion von ÖTV, DAG, HBV und anderen zur Mega-Gewerkschaft „Ver.di“ gezeigt, dass „mehr Service“ meistens „weniger Politik“ bedeutet. Um mehr Gewerkschaftsangehörige mit „Service“ beschäftigen zu können, werden Kampagnen und Basisstrukturen reduziert. Also dort, wo „ehrenamtliche“ GewerkschaftsaktivistInnen zumindest noch formal ein Mitspracherecht hatten. Durch Megafusionen wie in der BRD und jetzt auch in Österreich (z.B. Eisenbahner, Gemeindebediensteten, Transportarbeiter), werden die bürokratisch-zentrali-

stischen Kräfte in der Gewerkschaft gestärkt. Bei „Ver.di“ werden heute Mitbestimmungsrechte mit dem Argument „wir brauchen effiziente Strukturen“ eingeschränkt. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei uns zu erwarten. Am Ende werden „Serviceorganisationen“ stehen, die sich der Sozialpartnerschaft verpflichtet fühlen, und von einer kämpferischen Interessensvertretung noch weiter entfernt sind, als die heutigen Gewerkschaften.

„Wir wollen die Trennung von ArbeiterInnen und Angestellten in einem Betrieb aufheben“ ist ein Argument. Im Industriebereich hätte man/frau nur die ehemalige „Sektion Industrie in der GPA“ in die MBE (jetzt GMT) integrieren müssen. Die Einheit im Betrieb wird also durch diese Fusion nur bedingt erreicht. Warum geht eine Handelsangestellte in eine Gewerkschaft mit Textilarbeitern, während ihr Kollege, der als Arbeiter im Lager arbeitet in eine Gewerkschaft mit den Eisenbahnern kommt? Warum gehen die Privatangestellten im Wiener AKH zu den Metallarbeitern, während die dortigen Krankenschwestern mit den Eisenbahnern fusionieren sollen? Eine Reform, die die Beschäftigten aus Industrie, Handel und persönliche Dienste, Transport, Gesundheit und Soziales, Medien und öffentliche Verwaltung, in jeweiligen Gewerkschaften organisiert, wäre sinnvoller gewesen. Bei den bisherigen Fusionen stand das Interesse der jeweiligen Bürokratie und nicht das der Beschäftigten im Vordergrund. So ist es auch bei der Fusion GMT und GPA, die wir deshalb in dieser Form ablehnen.

Die Luftfahrtkrise und wer dafür bezahlt

## AUA, das tut weh!

Die internationale Luftfahrt befindet sich in einer tiefen Krise. Kaum eine Fluglinie hat in den letzten Wochen nicht mit Kündigungen bzw. zumindest mit einer drastischen Reduktion der Personalkosten gedroht. Die belgische Sabena muss von der EU mit rund 1,7 Mrd. Schilling gestützt werden, die Swissair und United Airlines stehen überhaupt kurz vor dem Aus. British Airways (Europas Nr. 1) kürzt die Gehälter und Prämien und bis 2002 sollen auch bei der AUA 800 Arbeitsplätze vernichtet werden.

VON ALI KROPF,  
SLP WIEN SÜD I

Seit Jahren herrscht in der Luftfahrt ein bedingungsloser Verdrängungswettkampf, der zu immer größeren „Einheiten“ geführt hat. So hat die AUA zwar die Lauda-Air geschluckt, aber um bei den Großen mitspielen zu können, hat sie sich der „Star Alliance“ angeschlossen. Diese immer größer werdenden internationalen „Kooperationen“ bedeuten eine immer größere Abhängigkeit von der internationalen Flugkonjunktur – und die ist seit den Terroranschlägen vom 11. September eingebrochen.

### AUSDRUCK ODER URSACHE

Als Ausgangspunkt der Luftfahrtkrise wird sehr gerne auf die Anschläge verwiesen. Damit ist es auch wesentlich leichter für das Management, Kündigungen

und Gehaltskürzungen zu rechtfertigen. Den betroffenen MitarbeiterInnen erklärt man/frau, dass sie eben „Opfer“ des Terrorismus wurden und dass die Megastars im Madison Square Garden auch für sie gesungen haben. Nur so einfach ist es nicht. Schon vor den Anschlägen lief die Situation auf einen „Crash“ hinaus. Alle der jetzt betroffenen Fluglinien waren schon vorher ins Trudeln geraten – der 11. September wirkte hier nur verstärkend. So wies der Chef von United Airlines, James Goodwin, schon mehrmals auf die „Notwendigkeit“ hin, die Personalkosten drastisch zu senken und auch bei der AUA wurden lt. Standard schon 1 Mrd. Schilling Verlust im ersten Halbjahr eingeflogen. Die jetzige Situation wird schamlos ausgenutzt, um die Kosten vollends auf die Beschäftigten abzuwälzen.

### WAS HEIßT DAS FÜR DIE AUA?

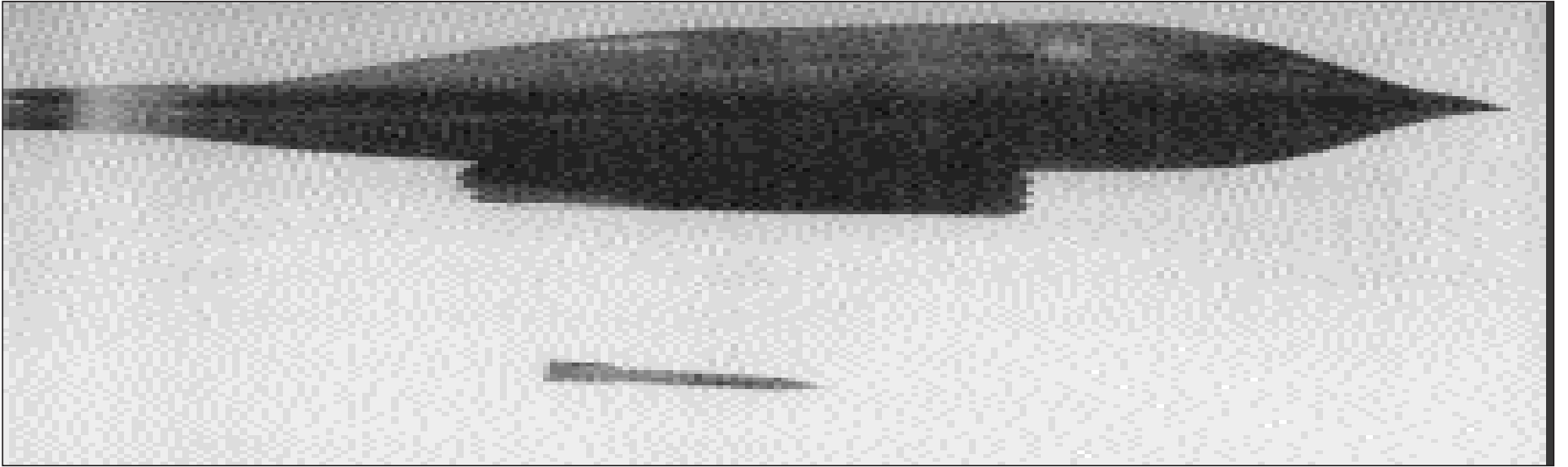
Für die AUA-Gruppe (Tyrolean, Rheintal, Lauda-Air und AUA) heißt das weitere Angriffe auf die Beschäftigten. Die Konzernleitung unter Sörensen hat bereits angekündigt, dass 800 Arbeitsplätze bis 2002 abgebaut werden. Konkret: Einsparungen bei den Personalkosten um rund 50 Millionen Schilling. Der Betriebsrat hofft noch, ähnlich wie 1994 bei der Umwandlung in eine AG auf eine „sanfte Landung“. Das heißt, dass die angepeilten 800 Arbeitsplätze (rund 10%) durch Pensionierungen, Altersteilzeit usw. erreicht werden können. Demgegenüber will der zuständige Minister Bartenstein das AMS und damit die BeitragszahlerInnen zur Kasse bitten. Mittels Erlass soll die Krise zur „Naturkatastrophe“ erklärt werden. Denn nur so können rund 30 Millionen Schilling Kurzarbeitsbeihilfe vom AMS zur Finanzierung der Arbeitsstiftung herangezogen werden. Damit zeigt das Beispiel AUA wieder einmal deutlich, dass Privatisierung nur die Gewinne betrifft, während nach wie vor die Verluste auf die Öffentliche Hand bzw. die Beschäftigten abgewälzt werden.



Die Beschäftigten der Fluglinien müssen sich gegen den Personalabbau zur Wehr setzen.

Bombardement Afghanistans: Verteidigung der "Zivilisation"?

# Krieg der Klassen...



## ...statt Kampf der Kulturen

**Sieben Millionen AfghanInnen, die vom Hungertod bedroht sind, Aufstände in Pakistan und ein „heiliger Krieg“, den sowohl die USA, wie auch verschiedene islamistische Gruppen ausgerufen haben. Die Massaker am Balkan und im Kongo wären ein „Kinderspiel“ gegen das, was sich nun im Mittleren Osten entwickeln könnte, warnte UNO-Generalsekretär Annan. Mündet die „Globalisierung“ jetzt in den Weltkrieg? Hintergründe & Lösungsansätze zum „Kampf der Kulturen“ aus sozialistischer Sicht.**

VON JOHN EVERS, SLP  
WIEN SÜD I

Es ist ein Tag wie jeder andere: Auch heute werden 40.000 Kinder an Unterernährung sterben und 40 Millionen Menschen auf der Flucht sein. Die Hälfte der Bewohner dieses Planeten werden weniger als zwei US Dollar verdienen. Für Rüstung wird doppelt soviel zur Verfügung stehen, als für das Einkommen von 1,2 Milliarden Menschen. Die Welt in der wir leben ist eine kapitalistische Welt.

### HUNGER UND KRIEG STATT WERTEN DER ZIVILISATION

Auch Gewalt, Vertreibung und Massenmord sind alltäglich: In den letzten zehn Jahren fanden im Durchschnitt 30 bewaffnete Konflikte jährlich statt. Weltweit stiegen die Militärausgaben seit 1998 jeweils um fünf Prozent. Während diese Kriege im „Süden“ stattfinden, regieren die Konzerne des „Nordens“ den Planeten: Alleine das Vermögen von Bill Gates (rund 500-1000 Milliarden Schilling) könnte die Schulden von über einem Dutzend der ärmsten Staaten abdecken. Nur eine Minderheit der Menschheit profitiert von den „Werten der Zivilisation“. Die große Mehrheit lebt in Staaten, die laut Amnesty International nicht als „Rechtsstaat“ gelten. In Afrika, Südamerika und Asien existieren weniger als zehn tendenziell kleinere Länder, welche diese Bezeichnung offiziell erhalten haben. In keinem Krieg der letzten zehn Jahre haben westliche Staaten als Kriegspartei etwas anderes als Mord, Diktatur und Vertreibung durchgesetzt: Im Golfkrieg starben rund 100.000 Menschen,

Kuwait ist und bleibt eine Diktatur. Die westlichen Sanktionen gegen den Irak haben 500.000 bis 1.000.000 ZivilistInnen den Tod gebracht. Die Bomben auf jugoslawische Städte und kosovarische Flüchtlinge haben zur „ethnischen Säuberung“ im Kosovo geführt. Inzwischen wurden 200.000 SerbInnen und Roma vertrieben. Bündnispartner im jetzigen Konflikt sind die saudiarabische und pakistanische Diktatur. Ein Ziel besteht in der Wiedereinsetzung des Königs in Afghanistan.

### WER SCHAFFT AN?

Ausbeutung und Unterdrückung sind strukturelle Merkmale der kapitalistischen Weltordnung. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dieser Satz besitzt heute noch seine volle Gültigkeit. „Westliche“ Regierungen verteidigen mit ihren militärischen Aktionen die bestehende Weltordnung. Ökonomisch und strategisch nehmen sie die Interessen der Banken und Konzerne wahr. Der Nahe und Mittlere Osten ist wegen der Rohstoffvorkommen eine Schlüsselregion der Weltwirtschaft. Um das Kaspische Meer werden die reichsten Erdöl- und Gasreserven der Welt vermutet. Afghanistan, eigentlich bettelarm, ist aufgrund seiner strategischen Lage für die Ausbeutung dieser Reserven entscheidend. Eine Pipeline soll künftig durch das Land bis zum indischen Ozean führen. Die militärische Intervention der USA dient allerdings nicht nur diesem unmittelbaren Interesse. Der gesamten Region und letztlich der Welt soll bewiesen werden, wer die internationalen

Spielregeln diktiert.

### WAS IST IMPERIALISMUS

Imperialismus ist kein neues Phänomen: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport eine hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Trust begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde zwischen den größten kapitalistischen Ländern abgeschlossen ist.“ (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1917). Jeder von Lenins Punkten trifft heute ins Schwarze: Alleine das Budget für Forschung und Entwicklung der großen US-Konzerne ist größer als das jeweilige Bruttosozialprodukt (!) in der Mehrheit der Staaten der Erde. Über 80 Prozent aller Direktinvestitionen stammen aus den sieben reichsten Industriestaaten. Der Macht dieser Konzerne und ihrer Staatsapparate kann sich niemand entziehen. Doch der Imperialismus ist keine stabile Ordnung: Der kapitalistische Wettkampf wurde nur auf einer neuen - seiner höchsten - Stufe zugespitzt. Die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert waren Kriege um die Neuaufteilung der Welt, aus denen die USA letztlich als dominierende Kraft hervorging. Nach 1945 dominierte der Kalte Krieg. Die „rote Gefahr“ wurde mit allen Mitteln bekämpft. Das Erbe dieses Kampfes wurde nach dem Zusammenbruch des Stalinismus zum Sprengsatz für die neue Weltordnung.

### GEGEN DIE „ROTE GEFAHR“

Lange Zeit haben in den Regionen wo heute fundamentalistische Gruppen stark sind, andere politische Kräfte dominiert. Von der „Demokratischen Volksrepublik“ Algerien (seit 1963) bis zur 1978 von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans proklamierten Republik, kamen Regierungen an die Macht, die sich auf den „Sozialismus“ beriefen. Der Imperialismus verteidigte nach 1945 mit allen Mitteln seine Interessen: Kolonialkriege (z.B. in Algerien), Terrorregimes (z.B. der Schah von Persien), Staatsstreich (wie in Indonesien), militärischen Interventionen (Suezkrise) und Unterstützung für reaktionäre Gotteskrieger (Afghanistan). Doch die soziale Revolution wurde nicht alleine vom Imperialismus aufgehalten. Auch die zweite Supermacht betrachtete diese Region als eine Art Spielwiese für die eigenen strategischen Interessen. Die Moskauer Bürokratie nutzte ihren politischen und militärischen Einfluss zur Verhinderung unabhängiger sozialistischer Experimente. Die Motivation dahinter liegt auf der Hand: Die Dynamik einer sozialistischen Revolution im „Süden“ hätte die Position der erstarrten Bürokraten im Kreml sofort in Frage gestellt.

### VERSAGEN DER REVOLUTIONÄREN KRÄFTE

Einst starke Kommunistische ArbeiterInnenparteien, wie im Iran und Irak, aber auch Befreiungsbewegungen (wie Teile der PLO), wurden von der Sowjetunion unter Druck gesetzt, ausschließlich ein Programm der „nationalen Befreiung“ zu vertreten. Tatsächlich bedeutete das, dass die sozialistische Revolution dem bürgerlichen, arabischen bzw. islamisch gefärbten Nationalismus untergeordnet

wurde. Dadurch wurde weder die nationale, noch die soziale Frage gelöst. Die gesamte Region blieb in Armut, Abhängigkeit und Ausbeutung verhaftet. Auch die vom Imperialismus einst diktierte nationale Zersplitterung blieb bestehen: Ein Blick auf die Landkarte und die willkürlich am Reißbrett gezogenen Grenzen genügt. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus gaben die meisten traditionellen Befreiungsbewegungen alternative gesellschaftspolitische Ziele auf und versuchten sich wie die PLO mit dem Imperialismus zu arrangieren. Diese Versuche endeten in jenem Desaster, das wir täglich live verfolgen können. Eine gerechte Lösung der „Nahestfrage“ ist genauso wenig wie eine friedliche und gerechte Weltordnung auf kapitalistischer Grundlage möglich.

### DIE NEUE WELTORDNUNG

Der Zusammenbruch des Stalinismus Ende der 80er Jahre hat die gesamte Welt wieder unter den direkten Zugriff des Imperialismus gestellt. Der amerikanische Staat repräsentiert mehr als 30 Prozent der Weltproduktion und über 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Diese Dominanz darf nicht von der Rolle kleinerer imperialistischer Staaten ablenken. Auch Österreich verteidigt diese Weltordnung und steht hinter dem Plan der EU ökonomisch und militärisch „Großmacht“ zu werden. Natürlich ist die Rolle des österreichischen Imperialismus bescheiden und regional begrenzt: Doch immerhin dominiert auch österreichisches Kapital zwei Staaten, nämlich Slowenien und die Slowakei. Am Balkankrieg hat die österreichische Diplomatie entscheidend mitgewirkt: Sowohl während des Auseinanderbrechens des Staates durch die sofortige Anerkennung

Sloweniens und Kroatiens, wie auch bei den Militärschlägen gegen Serbien. Weder dieser Krieg, noch andere ethnische Konflikte sind vom Himmel gefallen. Der kalte Krieg hat über Jahrzehnte diese Konflikte verdeckt, teilweise gelang es in Ländern wie Jugoslawien Spannungen durch bewusste ökonomische und politische Schritte abzubauen. Das Diktat der multinationalen Konzerne, ihrer Regierungen und globalen Organisationen IWF und Weltbank haben in vielen Konfliktherden dieser Erde selbst die Lunte gelegt: Das Aufbrechen der Märkte, Sparprogramme und Schuldenpolitik - daran haben sich die totgeglaubten ethnischen Konflikte der 90er Jahre (wieder) entzündet.

### WAS SIND ETHNISCHE KONFLIKTE?

Ethnische Konflikte sind Ausdruck für grundlegende ökonomische und politische Widersprüche in der Gesellschaft. Aus Religion, Sprache, Kultur sollen Erklärungen für diese Probleme gefunden werden; die Lösungsansätze münden letztlich in ethnischen Säuberungen, Glaubenskriegen, etc... Auch das „Abendland“ ist dafür reich an Beispielen von den Kreuzzügen bis zum Nordirlandkonflikt und den Teilungsplänen für Jugoslawien. Der islamische Fundamentalismus besitzt weder eine direkte Verbindungslinie zum Mittelalter noch zu den Schöpfern der Religion selbst. Er ist höchstens ein mystischer Rückgriff darauf: Fundamentalismus ist in dieser Form ein relativ neues Phänomen. Als neue Massenbewegung tauchte er erstmals in den 70ern im Iran auf. Fundamentalistische Gruppen agierten in der Folge zunächst vor allem als Schachfiguren im Kalten Krieg. Ein wesentlicher Inhalt fundamentalistischer

Ideologie ist die Ablehnung der westlichen Kultur. Diese Kultur erlebt der überwältigende Teil der 700 Millionen MuslimInnen als Armut, Hunger, willkürliche Grenzziehungen, multinationale Konzerne, die Billiglöhne bezahlen und korrupte Regimes, die mit dem Imperialismus kollaborieren. Die Lösungsansätze fundamentalistischer Gruppen sind reaktionär, ihre politische Rolle reflektierte immer die Interessen der herrschenden Klasse in diesen Ländern, bzw. gewisser Teile dieser Eliten. Nicht nur die soziale Herkunft der islamistischen Führer gibt darüber Aufschluss; Bin Laden entstammt einer der reichsten Familien der Erde. Der „heilige Krieg“ in Afghanistan entzündete sich vor 22 Jahren am Widerstand der Besitzenden gegen die Landreform der KP-orientierten Regierung. Das Ziel dieser Kräfte ist nicht eine gleiche Gesellschaft. Der Gottesstaat ist nur eine andere Form der Klassengesellschaft, die ebenfalls auf Armut, Ausbeutung und Unterdrückung aufbaut. Auch die brutale Unterdrückung weiter Teile der Gesellschaft (allen voran Frauen und politischer GegnerInnen) kann den Klassenkampf nicht ausschalten. Im „Gottesstaat“ Iran gibt seit einigen Jahren Massenproteste gegen die Mullahs (religiöse Elite). Risse in der herrschenden Klasse über die weitere Strategie



sind deutlich sichtbar.

#### MASSENPROTESTE GEGEN DEN IMPERIALISMUS

80 Prozent der Menschheit haben sich laut einer repräsentativen Umfrage des Gallup-Institutes gegen die US-Militärschläge ausgesprochen. Millionen Menschen gehen im Mittleren Osten und der arabischen Welt, Zehntausende in den USA und Europa gegen diesen Krieg auf die Straße. George W. Bush hat die Gegner der US-Politik in seiner „Kriegserklärung“ als Fundamentalisten

Terroristen abgestempelt. In Österreich wiederholen Medien, Regierung, SPÖ und Herr Voggenhuber von den Grünen täglich diesen Unsinn. Wer Protest und Kampf gegen den Imperialismus so denunziert, erledigt das Geschäft der Fundamentalisten. Durch die militärischen Provokationen und Feindbilder, die „der Westen“ produziert, erhalten fundamentalistische Kräfte derzeit neuen Auftrieb.

#### NEUE WEICHENSTELLUNG

Politisch sind jetzt jene Kräfte gefordert, die in den letzten Jahren mit Kritik und Protesten gegen den globalen Kapitalismus begonnen haben. Der Krieg hat auch hier die Weichen neu gestellt: Einige „Kritiker“ sind offen in das Lager der Kriegstreiber gewechselt. „Wir betrachten die Anrufung von Art. V des NATO-Vertrages“, also des Bündnisfalls, „als Zeichen der Solidarität“ heißt es in einer gemeinsamen Erklärung aller (!) europäischen Grünparteien im Europaparlament. Der internationale Spekulations-Guru George Soros und Herr Voggenhuber sind sich einig: „Dieser Krieg muss geführt werden“. Auch „Kritiker“ von Blau-Schwarz, wie Hans Rauscher vom Standard und Doron Rabinovici von der Demokratischen Offensive stimmen zu. Und Alfred Gusenbauer entdeckt in George W. Bush nach dessen

Kriegserklärung einen „besonnenen“ Redner und Politiker. All diese Leute haben damit tatsächlich eine Linie überschritten: Jene zwischen Kriegstreibern und KriegsgegnerInnen. Jenen, die bereit sind, die bestehende Ordnung mit allen Mitteln auf Kosten Unschuldiger zu verteidigen und jenen, die das nicht sind.

#### KLARE FRONTEN

Der „lange Krieg“, den George W. Bush ausgerufen hat, ist keine Kriegserklärung an den Fundamentalismus oder den Terror. Er

**Angesichts der US-Politik ist es kein Wunder, dass Bush für viele das Feindbild Nr.1 ist**

ist eine Kampfansage an jeden Ansatz von Opposition gegenüber der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es gibt keinen Verteidigungsminister in der westlichen Welt, der nicht massive Aufrüstung fordert, keinen Innenminister, der die Einschränkung von Grundrechten angekündigt und keine Regierung, die nicht die bedingungslose Zusammenarbeit mit den USA versprochen hat. Der Druck auf nationalen und internationalen „Schulterschluss gegen den Terrorismus“ ist groß. Vor dem Hintergrund der zusammenbrechenden Konjunktur wer-

den gewerkschaftliche Kämpfe in Zukunft als „Vaterlandsverrat“ abgestempelt werden. Dieses Szenario verlangt Position und Opposition. In einer gemeinsamen Erklärung einer „Neuen europäischen Linken“ wenden sich die KPÖ und vier der wichtigsten Linksparteien PDS (D), RC (I), IU (ESP) und SYNASPISMOS (GR) gegen die Kriegs-Beschlüsse des NATO-Rates. Dass nur vier und nicht das übrige Dutzend „Links“-parteien, mit denen die KPÖ in freundschaftlichen Beziehungen auf dieser Erklärung aufscheinen, hat einen Grund. Diese



anderen „Links“-parteien wie die französische „Kommunistische Partei“ sind ebenfalls Kriegsparteien. Die simple Linie zwischen Kriegstreibern und KriegsgegnerInnen gilt auch für sie.

#### NOTWENDIGE ANTWORTEN

Als einzige Alternative wird im Papier der „Neuen Europäischen Linken“ die Stärkung der UNO und die Anwendung des Völkerrechts angeboten. Tatsächlich wurden wichtige Kriege in den letzten 10 Jahren inklusive des jetzigen auf Beschluss, bzw. unter Verweis auf die UNO und das Völkerrecht geführt. Akribisch „beweisen“ uns Rechtsexperten, dass es sich nicht um Krieg, sondern um Selbstverteidigung oder eine Polizeiaktion handelt. Für uns bleibt Krieg Krieg, auch wenn er nicht so heißt: Seit 1991 wurden auf irakisches Staatsgebiet 20.000 Raketen abgefeuert. Zur Posse gerät diese Debatte um Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Neutralität, welche die Grünen und die KPÖ als ihr einziges Antikriegsprogramm hoch-

halten. Wir wollen auch hier nur wiederholen, was die Rechtsgelehrten täglich schreiben: Neutralität gilt jetzt nicht (mehr). In dieser neuen Weltordnung ist seit dem Ende des kalten Kriegs kein Platz mehr für imperialistische Kleinstaaten, die eine Sonderrolle spielen wollen. Die Frage des formalen Festhaltens an der Neutralität, Restneutralität oder Bündnisfreiheit ist bedeutungslos geworden. Es geht seit zehn Jahren um Aufrüstung, Militarisierung der Gesellschaft, Unterstützung für imperialistische Aktionen und NATO-Beitritt. Nicht die Verteidigung eines sinnlosen Neutralitätsbegriffs, sondern Opposition und Widerstand sind nötig!

#### SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Die globale Protestbewegung hat die Aufgabe, anhand der Weichenstellung, die dieser Krieg bedeutet, zum Aufbau einer neuen Friedensbewegung beizutragen. Gleichzeitig zeigt sich, dass die bisherige Beschränkung von Organisationen wie ATTAC

auf die Kritik an den Finanzmärkten unvollständig und falsch war. Die Einführung einer einprozentigen Spekulationssteuer wird keines der fundamentalen Probleme lösen. Der „lange Krieg“ wird auf breiter Front geführt. Krise, Krieg und Rassismus und die entsprechenden sozialen und politischen Folgen werfen die Frage nach Alternativen auf. Wie kann eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung aussehen und wie kann sie erkämpft werden? Die Sozialistische Linkspartei ist mit ihren Schwesterorganisationen in über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale organisiert. Unser Ansatz ist der Wiederaufbau der internationalen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung als treibende Kraft gegen Imperialismus und Krieg. Wir wollen die Vernetzung verschiedener Kämpfe vorantreiben und eine revolutionäre Kraft aufbauen, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen. „Sozialismus oder Barbarei“ hat Rosa Luxemburg vor beinahe hundert Jahren

## Neue Feindbilder und alter Rassismus!

**Ein Opfer des Terrorkriegs ist die multikulturelle Vision, schreibt der Chefredakteur der Presse. Peter Ullram (Fesselinstitut) berichtet im Standard: „Die westliche Kultur ist anderen Kulturen überlegen.“ Und Peter Westenthaler hat die Lösung aller Probleme schon entwickelt: Wer sich nicht integriert wird als „Sicherheitsrisiko“ abgeschoben.**

Die kulturellen Werte des Westens (also die ökonomischen und politischen Strukturen) gelten als universell. Wer sich nicht unterwirft, ist ein Feind der Zivilisation, ein Barbar. Dieses Schema ist jedem/r AsterixleserIn bekannt: Schon in der Antike wurde zwischen diesen beiden Lagern unterschieden. In weiterer Folge haben manche behauptet, dass auch christliche Nächstenliebe oder kulturelle Überlegenheit den Hintergrund für die kolonialen Eroberungen des „Westens“ bildeten. Doch mit genau diesen Bildern wurden Raubzüge, die sich auch gegen eine Vielzahl von sogenannten Hochkulturen richteten, gerechtfertigt.

#### DER INNERE FEIND

Rassistische Theorien im 19. Jahrhundert haben neue Freund und -Feindbilder konstruiert: Der „gesunde Volkskörper“, der von verschiedenen Fremdeinflüssen befallen, angegriffen, etc... wird.

Soziale und politische Kämpfe und Probleme wurden daraus erklärt: Den Höhepunkt bildete der „jüdische Bolschewismus“, den die Nazis als den Feind der Zivilisation darstellten. Auch im Kalten Krieg wurden ähnliche Bilder massiv verwendet: Die „Rote Gefahr“ als unsichtbare und allmächtige Bedrohung der Zivilisation, der Demokratie, der Freiheit ... im Inneren und Äußerer. Jede Repressionsmaßnahme schien hier gerechtfertigt.

#### DER UNTERGANG DES ABENDLANDES?

„Der Untergang des Abendlandes“, das konservative Standardwerk -sagte nach dem 1. Weltkrieg den Verfall Europas anhand mangelnder Wehrhaftigkeit und innerer Zersetzung voraus. Die Weltsicht amerikanischer Politologen wie Samuel Huntington ist heute im Grunde die Gleiche. Im Gegensatz zum Beginn der 90er wird uns keine rosige Zukunft, sondern ein „Clash“ der Zivilisation(en) und Kulturen prophezeit. Doch die Periode von Krise, Krieg und Chaos war weder nach dem 1. Weltkrieg noch heute ein kulturelles Problem. Heute wie damals wurden rassistische und kulturelle Feindbilder verwendet, um für Kriege zu mobilisieren und um gemeinsamen internationalen Widerstand zu verhindern.

#### FORDERUNGEN DER SLP UND DES CWI

- + Stoppt den Krieg! Organisiert internationale Massenproteste gegen den Krieg.
- + Stoppt die obszöne imperialistische Bombardierung und die Raketenangriffe gegen hungernde und unschuldige AfghanInnen. Der Sturz der Taliban und aller reaktionärer Kriegsherren des Landes ist die Aufgabe der afghanischen Massen selbst, unterstützt von den ArbeiterInnen und Jugendlichen auf der ganzen Welt.
- + Unterstützt den Kampf der unterdrückten Massen zum Sturz aller Diktaturen und Marionetten des Imperialismus in Pakistan und dem Nahen Osten. Für eine freiwillige sozialistische Konföderation des Nahen Ostens. Keine religiösen und rassistischen Sündenböcke.
- + ArbeiterInnen und Jugendliche vereinigt euch gegen Rassismus und Intoleranz und alle Versuche, die arbeitenden Menschen aufgrund von Religion, Ethnien, Nationalität und Hautfarbe zu spalten. Lasst die Bosse nicht aus den Gräueltaten des 11. September und dem Krieg Nutzen ziehen.
- + Keine neuen Unterdrückungsgesetze! Kein Vertrauen in kapitalistische Politiker und ihre militärischen Aktionen. ArbeiterInnen sollten nicht für diesen Krieg bezahlen.
- + Keine Erhöhung von Militärausgaben oder Kriegssteuern. Für einen gemeinsamen Kampf zur Verteidigung von Lebensstandard, Sozialleistungen und Arbeitsplätzen.
- + Für einen internationalen Kampf zur Beendigung von Unterdrückung, Armut, Kriegen und Terrorismus.

**Kämpft für eine sozialistische Welt eine Welt in Frieden! Organisiert euch! Tretet dem CWI bei und werdet Teil des Kampfes für den Aufbau einer internationalen sozialistischen Bewegung gegen den globa-**

Thomas Maurer „philosophiert“ über Beziehungen aller Art

## Der „stinknormale“ Maurer

„Stinknormal“, das ist der Titel des neuen Solo-Kabarett-programms von Thomas Maurer. Nach „Intensivdamisch“ und der Zusammenarbeit mit Florian Scheuba in „Zwei echte Österreicher“ lag die Latte sehr hoch. Gerade Letzteres brillierte durch eine Persiflage und Überspitzung der manipulativen Gesprächsführung Jörg Haiders und war damit Maurers deutlichste politische Stellungnahme.

VON DAVID MUM,  
SLP WIEN WEST

„Stinknormal“ spannt einen weiten thematischen Bogen von Kriegen zwischen Ameisenvölkern, Beziehungen zwischen Menschen, zwischen Menschen und Hunden, zwischen ihm und seiner ehemaligen Lebensabschnittspartnerin sowie zu Kärnten.

### DER „ROTE“ FADEN

Wie auch seine letzten beiden Soloprogramme „Unter uns“ und „Intensivdynamisch“ versteht es Maurer, im Kabarett politische Themen aufzugreifen, ohne sich in oberflächlichen tagespolitischen Scherzchen zu ergeben. Aber was „Stinknormal“ von den letzten beiden Programmen unterscheidet, ist der eher fehlende inhaltliche Zusammenhang. Die Themen folgen einander, kehren bisweilen wieder, es fehlt aber ein roter Faden (wenn man/frau sich ihn erwartet). Dieser könnte andeutungsweise das Thema Verdrängung sein. Und so wird Rudolf Burgers Aufruf zum Vergessen der Nazi-Verbrechen gekonnt durch dessen mediale Behandlung ad absurdum geführt. Während Burger meint, Hitler werde durch seine permanente Thematisierung zum Popstar, wird genau Burgers „Pamphlet“ dadurch auflagenmaximierend diskutiert, dass Hochglanzmagazine mit Hitler am Titelblatt erscheinen.

Sein Kabarett wirkt autobiografisch, indem er über (s)ein imaginäres Leben reflektiert. Wie in anderen Programmen, kann Maurer wieder einmal glaubhaft transportieren, dass er dem Genuss von Alkohol nicht abge-

neigt ist, was sicherlich bei Teilen des Publikums identifikationsstiftend ist. Doch der Rest ist erfunden. Denn nun hat er nicht wie in „Unter uns“ einen Sohn, sondern eine Tochter und war auf einmal mit einer Kärtnerin zusammen. Geblieben sei ihm von dieser Beziehung „ein schwer verhausschweinter chinesischer Suppenhund mit dem IQ einer freiheitlichen Presseaussendung“. Wenn überhaupt, dann stellt dieser Hund den „roten Faden“ des Programms dar. Er stinkt und das ist eben normal.

### VERGLEICH AUS DEM TIERREICH

Weitere Themen, die hingegen weniger vertieft werden, sind das Wüten Prinzhorns in der ÖIAG und das Wesen Schüssels. Dann

Thomas Maurer: Von  
der Regierung sicher  
nicht geliebt



wird wieder ins Tierreich gewechselt. Dabei vergleicht Maurer das Schicksal der SPÖ mit dem der Pandabären. Den Zusammenhang sieht er im Sexual- und Lebensverhalten der Tiere – sie

sind vom Aussterben bedroht, da sie zu faul zur Fortpflanzung sind. Obwohl die Kinderarbeit, derer sich Mc Donalds beim Kauf seiner Vorleistungen bedient, nicht ausgespart wird, fällt die Kritik an globalen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen diesmal leider kürzer aus, als bei „intensivdynamisch“ und „Unter uns“. Die Ereignisse vom 11.9. werden insofern verarbeitet, als „Gott“ diesmal in beiden Mannschaften simultan kämpft, weil beide Seiten ihren Weg mit Gott zu gehen glauben (oder zumindest vorgeben dies zu tun).

### JUDEN UND SCHÄFERHUNDE?

Völlig unverständlich ist jedoch die Geschichte des alten jüdischen Ehepaars. Als Kommunisten vor den Nazis nach London geflohen, sind sie wieder nach Wien zurückgekehrt. Dort trifft der „junge“ Maurer auf sie und ihren „reinrassigen“ dt. Schäferhund. Dann wird auch noch über ihre Vorliebe für klassische Musik gewitzelt. Hier wird ein Widerspruch konstruiert, der nicht existiert. Weder ist das

besonders originell, noch hat es eine Aussage, die in die Welt gesetzt werden müssten – außer, dass jüdische von den Nazis verfolgte KommunistInnen, sich offenbar keine dt. Schäferhund

Der Terror, die Nation & das Kino

## Baseball versus Digital Rambo?

Auch im US-amerikanischen Film ist nach dem 11. September „nichts mehr, wie es früher war“. Präsident Bush lädt ein, ganz Hollywood steht Gewehr bei Fuß. Vorwärts begibt sich auf die Suche nach der Antwort, wann in Hollywood-Filmen wieder Flugzeuge in Häuser krachen dürfen. Wobei eines klar sein dürfte: Wir werden keine 50 Jahre, wie bei Pearl Harbor, warten müssen.

MARTIN BIRKNER,  
OG WIEN SÜD II

Nach Angaben des US-Fachblattes „Variety“ trafen sich am 17. Oktober VertreterInnen der Bush-Regierung mit einflussreichen Hollywood-Persönlichkeiten hinter verschlossenen Türen. Der Grund: auf Bitten des Weißen Hauses wird eine „Sondereinsatzgruppe Kunst und Unterhaltung“ ins Leben gerufen, unter anderem um „das Image Amerikas in der ganzen Welt zu verbessern“. Nicht zum ersten Mal stellen sich KünstlerInnen und Filmindustrie in direkter Art und Weise dem Staat zwecks Propaganda zur Verfügung. Schon im Kalten Krieg war staatlich verordnete Propaganda in der Unterhaltungsindustrie allgegenwärtig. Damit einher gingen die berühmt-berüchtigten Verfolgungen linker Kulturschaffender durch Senator McCarthy. Damals waren Berufsverbote und Arreststrafen die Folge vermeintlicher oder tatsächlicher „kommunistischer Umtriebe“.

### „HEILIGER KRIEG“

Aus „Pietätsgründen“ wurden nach den Anschlägen vom 11. September zahlreiche Werbespots (selbst-)zensuriert, Schwarze Listen mit Popsongs kursierten zwischen Radiosendern, der Film „Collateral Damage“ (da war doch mal was?) mit Arnold Schwarzenegger startet vorerst nicht. Momentan muss das Kino in den USA der Ablenkung dienen – paradoxerweise von einem Terroranschlag, der durchaus der Dramaturgie gängiger US-Blockbuster (Armageddon, Independence Day, usw.) entsprach. Das Baseball-Melodram „Hardball“ mit Keanu Reeves – er lief unmittelbar nach den Anschlägen an –

spielte in den ersten 3 Tagen rund 150 Mio. Schilling (=10,9 Mio. Euro) ein. Da verbindet sich auch für Warner Bros. das „Angenehme“ mit dem moralisch Nützlichen.

### „KREUZZUG“

Doch die momentane Situation, inklusive dem US-Krieg gegen Afghanistan, werden dann doch

Wer wagt da noch zu  
behaupten,  
Kunst&Kultur wären  
unpolitisch?



zuviel Stoff dafür bieten, um „pietätvoll“ übergangen werden zu können. Nach dem unmittelbaren Schock der Anschläge folgt nun der „gerechte Krieg gegen das Böse“ – da wird sich die „Sondereinsatzgruppe“ wohl auch bald eine Änderung der Taktik überlegen müssen. Die Finanzierung scheint jedenfalls gesichert. In den Endzügen des Kalten Kriegs kämpfte Sylvester Stalone in „Rambo III“ noch Seite an Seite mit den Mudjahedin gegen böse KommunistInnen in Afghanistan. Der Anti-Islamische „Digital-Rambo“ wird wohl nicht so lange auf sich warten lassen, wie die

„Aufarbeitung“ des japanischen Angriffes auf Pearl Harbor im Zweiten Weltkrieg. Der einzige Unsicherheitsfaktor dabei ist nur, ob der schon in die Jahre gekommene Sylvester Stalone wieder den „Rambo“ wird spielen dürfen. Und noch eines lässt sich mit Sicherheit schon jetzt „voraussagen“: Moral und Dollars werden bei Hollywoods Filmindustrie abermals in einem „ausgewogenem“ Verhältnis zu einander stehen.

Kritische bzw. linke FilmemacherInnen und KünstlerInnen hingegen werden wieder mit einer Situation wie in den 50ern kon-

frontiert werden. Bereits jetzt sind alle US-Nachrichtensender gleichgeschaltet und das Pentagon hat schon die Exklusivrechte an den Satellitenbildern des Afghanistan-Krieges aufgekauft. Nachdem sich die überwiegende Mehrzahl der Stars der Unterhaltungsindustrie, in vorausgehendem Gehorsam, in den kollektiven nationalen Wahn („America: A Tribute To Heroes“) begeben hat, erscheint ein Aufbrechen der Hegemonie der Kriegshetzer derzeit kaum möglich. Die Riesenspendenveranstaltung im New Yorker Madison Square Garden mit „fast allen Super-Stars der Show-

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

## Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:  
01/524 63 10

### Die SLP-Treffpunkte:

**WIEN-WEST:** Jeden Di. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14  
**WIEN-MITTE:** Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8  
**WIEN-SÜD I:** Jeden Dienstag um 20 Uhr Bunte Kuh, 5., Zentag./Siebenbrunneng.  
**WIEN-SÜD II:** Jeden Mi. um 19 Uhr Schlupfwinkel, 4., Kl. Neugasse  
**WIEN-NORD:** Jeden Freitag, 19.30 Uhr „Peer Gynt“, 20., Jägerstr. 38  
**SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN:** Jeden 1. Montag im Monat, 19.00 Cafe Paganini, 9., Althanstr. 11-13  
**SLP-FRAUEN:** (nur für Frauen) Termine auf Rückfrage

### Die SWI-Treffpunkte:

**SWI I:** Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.

### Die SLP-Veranstaltungen im November:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.  
**7. NOV.:** „WELCHES PROGRAMM WOLLEN WIR?“ SLP-WIEN-SÜD II  
**9. NOV.:** AKTIONSTAG „SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONALE“, 19.00 VERANSTALTUNG IM AMERLINGHAUS  
**12. NOV.:** „DIE FUSION VON GMT UND GPA“ SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN  
**16. NOV.:** „PULVERFASS ZENTRALASIEN - MÖGLICHE AUSWEGE AUS DER KATASTROPHE“ SLP-WIEN-NORD  
**20. NOV.:** „AFGHANISTAN - GESCHICHTE UND NATIONALE FRAGE“ SLP-WIEN-SÜD I  
**21. NOV.:** „VOM KALTEN KRIEG ZUR NEUEN WELTORDNUNG: GIBT ES EINE NEUE STRATEGIE DES IMPERIALISMUS?“ SLP-WIEN-MITTE  
**26. NOV.:** „KAMPF UM FRAUENRECHTE IN AFGHANISTAN“ SLP-FRAUEN  
**27. NOV.:** „DIE SITUATION BEI DER ÖBB NACH DEN PERSONALVERTRETUNGSWAHLEN“ SLP-WIEN-WEST

### Demonstrationen im Heißen Herbst:

**JEDEN DONNERSTAG:** Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht's durch andere Bezirke!)

**13.-15. DEZEMBER, BRÜSSEL, BELGIEN:** EUROPaweite Demonstration von GewerkschafterInnen und Jugendlichen **GEGEN DIE EU-KRIEGSTREIBER**

Sofort nach dem 11. September sind die Sektionen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale KAI/CWI auf allen Kontinenten gegen den Krieg, den Rassismus und die Einschränkung der demokratischen Grundrechte aufgetreten. Wir können hier nur einen kleinen Auszug aus den Aktivitäten geben, mehr auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

Joe Higgins, Abgeordneter der **Socialist Party, der irischen Sektion des CWI**, meint am 3. Oktober im irischen Parlament: „Die verschiedenen Regierungen der USA haben über Generatio-

## Neues aus dem CWI

nen hinweg mörderische Diktaturen, die ihre Völker ausgepresst und abertausende unschuldige BürgerInnen eingesperrt, gefoltert und ermordet haben, in Zentral- und Südamerika aufgebaut, finanziert und ausgerüstet (...) Die US- und die britische Regierung führen die Jagd auf Bin Laden und seine Organisation Qa'eda an. Sie selbst haben diese Organisation geschaffen. Nun da sie sich gegen sie selbst richtet, muss ihre grotesk verformte Kreatur zerstört werden.“

**Rättvispartiet Socialisterna (CWI-Schweden)** war führend daran beteiligt, dass bei einer ursprünglich als „Anti-Globalisierungs-Demonstration“ geplanten Demonstration in Stockholm am 11. Oktober fast 2.000 Menschen gegen den Krieg demonstrierten.

Die **US-Sektion des CWI, Socialist Alternative**, organisiert Anti-Kriegs-Aktivitäten v.a. an den verschiedenen Universitäten. Am 11. Oktober beteiligten sich 500 Studierende an der Uni in Oberlin an einem Aktionstag und mehreren „teach-ins“. In Washington wurde eine Koalition gegen den Krieg gegründet, die auch von der Vereinigung Moslemischer Studierender unterstützt wird. 2000 nahmen an einer Kundgebung teil.

**Xekinima, die griechische CWI-Sektion**, beteiligte sich an einer Reihe von Demonstrationen und veranstaltete Diskussions- und Videoabende mit Widerstand International.

Die **SAV (CWI-Deutschland)** organisierte am 8. Oktober gemeinsam mit „SchülerInnen gegen den Krieg“ in Berlin einen Schulstreik mit 5000 Beteiligten aus 20 Schulen und in Rostock eine Demonstration mit 200 TeilnehmerInnen.

Nur 30 Minuten nach dem Beginn der Bombardements war die **Socialist Party (CWI-Britannien)** vor dem Amtssitz von Blair in London.

**CWI-Australien, Socialist Party**, beteiligt sich an den wöchentlichen Anti-Kriegs-Demonstrationen in Melbourne.

## Weltwirtschaft und 11. September

# Bin Laden Schuld an Krise?

**Seit dem 11. September wurden in den USA 1 Million Arbeitsplätze im Gastgewerbe abgebaut, über 100.000 in der Luftfahrt. Eine Pleitewelle schwappt über Europa. Versicherungsgesellschaften auf der ganzen Welt sind ebenso in Turbulenzen. An all dem sei der Terror vom 11. September schuld. Ein modernes Märchen.**

VON FRANZ BREIER JUN.,  
SLP WIEN-MITTE

Die Prognosen sagten eine Rezession der Weltwirtschaft schon vor dem 11.9. voraus. Der Motor, die USA, stottert. Ehemals „aufstrebende Märkte“ in Asien und Lateinamerika bekamen dies voll zu spüren. Japan befindet sich seit einem Jahrzehnt in einer Serie von Rezessionen. Die Kursverluste seit Jahresbeginn an den führenden Börsen betragen zwischen -15% und -28%. Der 11.9. ist keineswegs unbedeutend. Die unmittelbaren Folgen (allein für das Handelszentrum New York) sind beachtlich. Im großen Maßstab gesehen beschleunigt der Terror die Entwicklungen, ist aber nicht seine Ursache.

### ZU VIEL CHAOS

Der Kapitalismus produziert Krisen, da er Widersprüche anhäuft. Weltweite Produktion und Handel stehen im Gegensatz zur Planlosigkeit zwischen den zusammenhängenden Märkten und in ihnen. Es wird nicht für die Bedürfnisbefriedigung produziert, sondern um Kapital möglichst effektiv einzusetzen. Dieses ist in wenigen Händen konzentriert. Die Einbeziehung aller arbeitsfähigen Menschen steht dazu im Konflikt. Deren

relative und absolute Verarmung aufgrund von Arbeitslosigkeit und prinzipiell niedrigen Löhnen schränkt die Absätze ein. Das Kapital bleibt im großen Maßstab auf zu viel Waren sitzen. Zu viel Kapital ist vorhanden, um es effektiv in die Produktion investieren zu können. Den Überkapazi-



täten wird mit Pleiten, Fusionen und Massenentlassungen entgegengewirkt. Die Politik verteilt mittels Sozialabbau sowie Steuern/Subventionen in die selbe Richtung um.

### DIE LÜGE VON DER „NATIONALEN EINHEIT“

Unmittelbar nach dem 11.9. pumpften die großen und Bundesbanken der USA, Japans und Europas zusammen 120 Mrd. US-Dollar in die Wirtschaft, um ein

Versiegen der internationalen Geldströme zu unterbinden. Den US-Fluglinien gewährte die US-Regierung umgehend über 17 Mrd. Dollar. (Die Vorbeter der neoliberalen Offensive entdecken jetzt wieder Staatsinterventionismus.) Weltweit werden Unternehmen nun mit Subventionen vollgestopft, während die ArbeiterInnenklasse in Form von Jobabbau und Massensteuern die Rechnung zu zahlen hat. Die von oben verordnete „nationale Einheit“ gibt es

nicht, erst recht nicht in der Krise. Bei der maroden Swissair bangen 50.000 Menschen um ihren Job. Die AUA wird mehr als die bisher angekündigten 800 Stellen abbauen, will sie doch von einem Großen (z.B. Lufthansa) übernommen werden. Der Abbau der Kapazitäten mittels (Mega-)Fusionen wird im EU-Raum zu einer Handvoll verbleibender Fluglinien führen.

Die Krise von Versicherungs- und Fondsgesellschaften gibt es vor

allem nicht deshalb, weil durch den Terroranschlag soviel zu ersetzen wäre. Ein Gutteil des verwalteten Vermögens wird in die Aktienspekulation geworfen. In Österreich zirkulieren bei einem jährlichen Prämienaufkommen von 161 Mrd. über 115 Mrd. an den Börsen. In den USA befindet sich ein Drittel des Vermögens der gesamten ArbeiterInnenklasse über solche Fonds an den Aktienmärkten. Diese Märkte, vor allem der für High-Tech-Aktien (Nasdaq), wurde bereits vor über einem Jahr endgültig entzaubert.

### ENDE DES US-BOOMS

Die Währungskrise in Asien 1997 und in Folge in Russland und Lateinamerika führte aufgrund der massiven Kapitalflucht in die USA zu einer Verlängerung des US-Booms. Trotz eines hohen US-Handelsdefizits blieb der Dollar aufgrund der enormen Kapitalrückflüsse stabil. Doch global standen seit dem die Zeichen auf Sturm: Diese Krise war weder regional noch auf einen speziellen Sektor begrenzt. Der US-Boom der 90er fand auf Grundlage enormer Inlandsnachfrage bei wachsender staatlicher und privater Verschuldung statt. Kredite waren extrem billig, auch für die abgehobene Aktienspekulation. Das Vertrauen der Anleger und Banken war da. Der 11.9. beschleunigt die Erosion dieses Vertrauens. Die Ungewissheit nach den Anschlägen ist mit ein Grund, warum die USA das Image des „sicheren Hafens“ verloren

haben. Die Verschuldung, in Boom-Zeiten ein „kalkulierbares“ Problem, wird nun zum Ballast. Ein Wertverfall des Dollar droht. Die Weltwirtschaft ist direkt und indirekt von der US-Wirtschaft abhängig. Eine Schrumpfung des US-BIP im nächsten Quartal von 0,5% wird im EU-Raum von -0,8% und in Japan (schon gewohnt) bei -1,7% begleitet werden. So offizielle Prognosen.

### KRIEGSWIRTSCHAFT?

Kriege konnten in der Vergangenheit immer wieder die morsche kapitalistische Wirtschaft ankurbeln. Dabei darf man/frau aber die allgemeine Verfassung nicht aus den Augen lassen. Auch der Krieg selbst hat unberechenbare Folgen: Saudi Arabien, ein wackliges Glied in der Kette des US-Imperialismus, kontrolliert ein Viertel (!) der globalen Öl-Produktion. In Zeiten der Rezession hat die Erhöhung der Militärausgaben auch zur Folge, das Budget über Gebühr zu strapazieren. Die Regierungen müssen für diese militärischen Ausgaben bzw. Krisen die Gefahren erhöhter Inflation in Kauf nehmen und wieder verstärkt die ArbeiterInnenklasse zur Kassa bitten. „Nationale Schulterschlüsse“, wie sie von Teilen der Gewerkschaftsspitzen gefordert werden, bieten keine Alternative! Die Lösung besteht in internationaler Solidarität aller Unterdrückten und Betroffenen von Krieg und sozialem Elend. Einen Ansatzpunkt dafür

## Wahlen in Berlin

# Ist Berlin jetzt rot?

**Das Berliner Wahlergebnis ist ein Desaster für die CDU, die in den letzten Jahrzehnten fast durchgängig in der Landesregierung war. Sie stürzte von 40,8 % 1999 auf 23,7 %, die größten Verluste für die CDU bei einer Landtagswahl in der Geschichte. Damit hat sie die Quittung erhalten für jahrelange Korruption und Vetternwirtschaft, den berühmten „Berliner Filz“.**

VON DANIEL BEHRUZI,  
BUNDESLEITUNGSMITGLIED DER  
SAV (CWI-DEUTSCHLAND)

Hervorstechend ist das Ergebnis der PDS, die in Ost-Berlin von fast der Hälfte aller Wahlberechtigten gewählt wurde. Die PDS hatte als einzige der größeren Parteien die von Schröder ausgegrufene „bedingungslose Solidarität“ mit dem US-Krieg gegen Afghanistan abgelehnt. Das brachte v.a. unter Jugendlichen Unterstützung: Mit 30 % wurde die PDS in ganz Berlin stärkste Partei bei den 18 bis 24-jährigen. In West-Berlin steigerte sie ihr Ergebnis um 2,7 auf 6,9 %. Sie ist nun in jeder Bezirksverordnetenversammlung vertreten.

Nach diesem Erfolg steht die PDS am Scheideweg. Die Parteispitze um Gysi würde gerne eine Koalition mit der SPD bilden. Diese zielt sich aufgrund bundespolitischer Erwägungen noch: Die

Antikriegshaltung der PDS passt nicht zur „Wer nicht für den Krieg gegen den Terror ist, der ist gegen uns“ – Rhetorik, die von Schröder & Co. betrieben wird. Wenn es dennoch zu einer SPD/PDS – Koalition kommt, wird dies eine Regierung sein, die Politik gegen die Masse der arbeitenden und arbeitslosen Menschen in Berlin macht. Die durch Deindustrialisierung, Vetternwirtschaft und Korruption hervorgerufene Haushaltskrise (Berlin hat 78 Mrd. DM Schulden) soll auf die Masse der BerlinerInnen abgewälzt werden. Das hat auch die PDS-Führung schon vor den Wahlen deutlich gemacht. In ihrem Wahlprogramm befürwortet sie weitere Privatisierungen und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Die Rede ist von 20.000 abzubauenen Stellen bis 2010. 61.000 öffentliche Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren unter der Großen Koalition bereits vernich-

tet worden. Auch Kürzungen bei Gesundheit und Sozialem stehen auf dem Programm. Zitat PDS-Wahlprogramm: „Wir sagen deutlich: Schmerzhaftes Einschnitten werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern.“

Zum Guten für die arbeitenden Menschen wird sich also auch unter einer eventuellen SPD/PDS – Regierung nichts ändern. Um dies deutlich zu machen und die Notwendigkeit einer Sozialistischen Alternative aufzuzeigen hat die SAV im Stadtbezirk Pankow/Prenzlauer Berg kandidiert.

### SCHÜLERINNENSTREIK

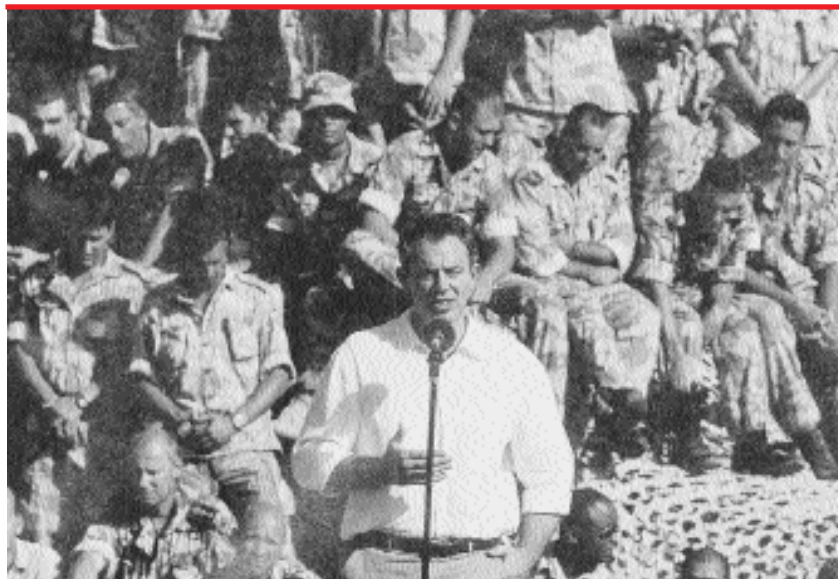
Ab dem 11.9. war der Wahlkampf bestimmt von Aktivitäten gegen den Krieg. Junge Mitglieder der SAV und der Jugendorganisation „widerstand international“ haben am 21.9. das Bündnis „Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg“ gegründet. Dieses hat am Tag X, dem Tag nach Beginn der Angriffe auf Afghanistan, einen Schulstreik mit 5.000 SchülerInnen organisiert. Auf den Schulstreik folgten Repressionen gegen AktivistInnen des Streiks durch einige Schulleitungen. Die Boulevardzeitung „BZ“ veröffentlichte

Hetzartikel gegen die SAV, den „Urheber des Schulstreiks“. Berlins Schulsenator Böger (SPD) will gegen die SAV vorgehen. Die SchülerInnen aber gehen in die Offensive: Bereits 1.600 Unterschriften wurden gegen die Maßnahmen der Schulleitungen gesammelt. Der bundesweite ATTAC-Kongress und alle Antikriegsdemonstrationen haben sich mit den SchülerInnen solidarisiert.

### GUTES ERGEBNIS FÜR SAV

Obwohl wir wegen der Antikriegsarbeit in der letzten Phase des Wahlkampfes weniger Aktivitäten im Stadtteil durchführen konnten, haben wir ein respektables Ergebnis erzielt. Im vergrößerten Bezirk Pankow hat die SAV bei der BVV-Wahl im Vergleich zu '99 ihre Stimmenanzahl auf 903 Stimmen (=0,5 %) mehr als verdoppelt. SAV-Mitglieder, die für das linke Wahlbündnis „Demokratische Linke – DL“ im Prenzlauer Berg zum Abgeordnetenhaus kandidierten, erhielten zwischen 294 (=0,9 %) und 235 Stimmen (=1,1 %). Wichtiger noch als das Wahlergebnis ist die gestiegene Bekanntheit, die die SAV in der Antikriegsbewegung erreicht hat.





# Auf nach Brüssel: Internationale Demo gegen den Krieg

Als sich am 19. Oktober die EU-Regierungschefs in Gent (Belgien) trafen, stand ein Thema im Mittelpunkt: der Krieg gegen Afghanistan. Im Dezember findet der nächste EU-Gipfel in Brüssel statt. Auch dieser wird dem Krieg gewidmet sein. Wenn nicht in den Sitzungsräumen der Regierungsgremien, dann zumindest auf der Straße. Am 14. Dezember wird es die erste große internationale Anti-Kriegs-Demonstration geben.

VON KEN HORVATH, SLP  
SÜD II

Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung finden sich eine Vielzahl von Vorschlägen vom Verbot der E-mailverschlüsselung bis zur europaweiten Rasterfahndung. Das paßt gut zum ursprünglichen Thema des EU-Gipfels: Immigration, Asyl, Festung Europa. Im Klartext: Polizeistaat und Rassismus. Vor dem Hintergrund düsterer Wirtschaftsprognosen und vorhersehbarer Proteste gegen Stellen- und Lohnabbau sowie gegen weitere Kürzungen bei Sozialleistungen soll möglicher Widerstand im Keim erstickt werden. Die globale Protestbewegung steht heute vor einer neuen Aufgabe. Es gilt, sich nicht ins Territorium stellen zu lassen und auch nicht aus falscher Verstandener „Solidarität“ auf Kritik am Kapitalismus zu verzichten. Ein Vertreter von ATTAC Flandern (Belgien) trat dafür ein, nun in Kriegszeiten Demonstrationen gegen die Privatisierung hintenanzustellen. Damit spielen sie jenen in die Hände, die die soziale Katastrophe zu verantworten haben. Außerdem müssen demokratische Rechte verteidigt und polizeistaatliche Maßnahmen bekämpft

werden.

## KOMMT DIE ANTIKRIEGSBEWEGUNG?

Im Gegensatz zum Golfkrieg oder den Bombardements auf Ex-Jugoslawien gibt es heute mit den Gipfelprotesten einen Ansatz, der sich zu einer breiten Antikriegsbewegung entwickeln kann. Mit Göteborg und Genua begann in der globalen Protestbewegung eine Debatte über Perspektiven, Alternativen und Kampfformen. Dieselben Fragen stellen sich auch für eine Antikriegsbewegung.

## NOT IN OUR NAME!

Ein erster Schritt in diesem Prozess waren die Demonstrationen in den USA. Ursprünglich hätte in Washington das jährliche IWF-Treffen stattfinden sollen. Dieses wurde nach dem 11. September abgesagt. Trotzdem fanden sich am 29. September 15.000 Menschen in den Straßen der US-Hauptstadt ein, um zu demonstrieren – gegen den Krieg. Eine Woche später gingen in New York Angehörige der Opfer auf die Straße. Die Botschaft war klar: „Not in Our Name“. Direkter kann man vom Terror nicht betroffen sein – und deutlicher kann man sich nicht gegen den US-Krieg aussprechen.

Vor allem in der ArbeiterInnenklasse finden die Militärschläge keine breite Unterstützung. Je länger der Krieg dauert, desto wahrscheinlicher wird sich der Schock in Widerstand gegen das Morden verwandeln. Davor haben die Bürgerlichen Angst. Es ist kein Zufall, dass in den Medien nicht über die Proteste gegen das EU-Treffen in Gent berichtet wurde. Die Demonstrationen mit bis zu 15.000 TeilnehmerInnen verliefen nämlich ohne gewaltsame Auseinandersetzungen. Eine anti-kapitalistische Bewegung, die sich über die Kriegsfrage weiterentwickelt und sich in der ArbeiterInnenklasse verankert ... darin besteht unsere Aufgabe.

## AUF NACH BRÜSSEL!

Der nächste Schritt sind der internationale Aktionstag am 9. November und die erste internationale Anti-Kriegs-Demonstration anlässlich des EU-Gipfels von 13.-15. Dezember. Am 13.12. findet eine Gewerkschafterdemo statt, tags darauf die allgemeine Großdemo. Am 15.12. werden Jugendliche aus ganz Europa „Sozialistischer Widerstand International“ gründen.

**9. NOVEMBER**  
Aktionstag gegen Krieg und Kapitalismus  
Sozialistischer Widerstand International

**13.-15.12.:**  
**AUF NACH BRÜSSEL**  
Stoppt die Kriegstreiber  
Anmeldung bei der SLP

## Bildung statt Krieg

Geht es nach Kriegsminister Scheibner, sollen bis zu zwei Milliarden Schilling zusätzliches Budget für das Militär veranschlagt werden. Ebensoviele sollen die Studiengebühren im ersten Jahr einbringen. Viel deutlicher kann man den ideologischen Hintergrund des Nulldefizits nicht machen.

Das Bildungssystem befindet sich im neoliberalen Umbau. Nach Studiengebühren wird laut über Schulgeld und Aufnahmeprüfungen für die AHS nachgedacht. LehrerInnengehälter werden gekürzt und KlassenschülerInnenzahlen erhöht.

Am 11. Oktober gingen 5000 SchülerInnen und noch mal so viele StudentInnen auf die Straße. Ursprünglich, um gegen Studiengebühren zu protestieren. Tatsächlich hatte die SchülerInnen demo einen klaren Anti-kriegs-Charakter. Der Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau hier in Österreich ist nicht vom Widerstand gegen den US-Krieg zu trennen. Nicht nur in Österreich wird bei Bildung und Sozialwesen gespart,

um die Absicherung der herrschenden Weltordnung zu finanzieren.

Der bevorstehende Ankauf von Abfangjägern ist nur die Speerspitze. Ob Studiengebühren oder Selbstbehalte: im Endeffekt landet unser Geld bei den Kriegstreibern. Daher besteht ein Zusammenhang im Kampf gegen Studiengebühren und gegen den Krieg. Die „linke“ ÖH bekennt sich zwar theoretisch dazu, von echtem Widerstand ist aber nichts zu sehen. Bei den SchülerInnen tut sich mehr: „SchülerInnen gegen den Krieg“ fordern „Bildung statt Krieg“ und zeigen wo's lang geht. In Berlin sind über 5000 SchülerInnen Anfang Oktober gegen den Krieg auf die Straße gegangen. Wir meinen, dieses Beispiel soll auch

## SLP im Netz!

[www.slp.at](http://www.slp.at)

Auf [www.slp.at](http://www.slp.at) gibt's jede Menge zu entdecken. [www.slp.at](http://www.slp.at) wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschauen!



+ Hintergründe zu politischen Entwicklungen  
+ Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP  
+ Links den Schwesterparteien der SLP in aller Welt

## Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!  
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.